

Warum überlässt die Linke den Rechten die Nation?

Stefan Bollinger, 19. Februar 2015

1. Heute über Nation, Nationalismus und Linke zu reden ist ein gefährlich Ding. Man könnte es mit Max Uthoff halten: "Der Nationalismus ist die Straßenhure unter den Gefühlen. Billig, muss fast jeden ranlassen und wenn man nicht aufpasst fängt man sich was Schlimmeres ein." (Die Anstalt ZDF 03.02.2015 23.15) Die wohl dominierende Lesart von Linken ist die strikte Ablehnung des Nationalismus und Chauvinismus – zweifellos richtig und berechtigt hinsichtlich der Erfahrungen insbesondere mit dem deutschen

Nationalismus und seiner extremsten Form, dem Faschismus. Aber es eine hypertrophierte Ablehnung, die im "Nie wieder Deutschland!" kulminiert und wenig Platz für einen positiven Bezug zum Nationalstaat, seinen Konflikten mit vermeintlichen postnationalen, supranationalen Gebilden und Strukturen und den dort notwendigen Klassenkämpfen (ja, so was soll es im "marxistischen Jargon" geben, den auch linke Intellektuelle ablegen wollen und die die Klassenkonflikte genauso wenig zu sehen vermögen wie die eingelullte Gesellschaft) offen lässt wie "Europa", die "Globalisierung" o.ä.

Die Perspektive – und hier erstaunlich in Übereinstimmung mit dem Mainstream – bleibt das Vertrösten auf diese postnationalen Gebilde, die nun alleiniger Bezugspunkt und Schauplatz politischer Auseinandersetzung geworden sein sollen. Konsequenz zu Ende gedacht können solche Positionen – in Übereinstimmung mit dem Abtun der Nation als rein ideologische Gebilde im Gefolge der Revolution von 1789 – nur von den wirklichen Problemen ablenken. Denn wenn in Brüssel, Strasbourg oder New York entscheiden würde, was scheren dann noch Berlin, Paris oder London?

Nebenbei bemerkt laufen hier (noch) Konfliktlinien zwischen einer anti- oder postnationalen Westlinken und ihren östlichen Genossen wie denen, die mit Marx Engels, aber auch und vor allem Lenin ein zwar zwiespältiges, aber dennoch positives Verhältnis zur Nation und zu einigen Nationalismen, nämlich den der unterdrückten und sich emanzipieren wollenden Völkern, haben.

2. Die realen Konflikte sind schlimm genug und haben immer wieder mit interessengeleitet hochgeschriebenen, hochgekochten nationalen Gefühlen zu tun. Reale Geschichtsprozesse, weit mehr Mythen und Lügenmärchen sollen Identitäten stiften – stets gegen andere: seien es Hermann der Cherusker, die Schlacht auf dem Amselfeld oder der drohende islamistisch veranlasste Untergang des Abendlandes. Und ein gerüttelt Maß an Irrationalismus, an Sozialpsychologie, an Befindlichkeiten schwingt mit, wenn über Nationalcharakter, Nationalbewusstsein u.ä. fabuliert wird.

Ein Blick auf die aktuelle politische Landkarte lässt uns ob der Konflikte unter den nationalistischen Fahnen erschauern, manchmal aber auch an mögliche emanzipatorische Aufbrüche denken:

- Da wollen faschistoide Massenbewegungen mit noch geringer Durchhaltekraft die Überfremdung und Islamisierung des deutschen Abendlandes verhindern. (Es mag manchem

nicht passen, aber erstmals seit der Zerschlagung des Faschismus formiert sich und agiert jenseits von offen neofaschistischen Parteien und revanchistischen Verbänden eine Bewegung des "anständigen Bürgers", die sich durch Ausgrenzung, der Forderung nach Abschub, der Einteilung der Menschen in unterschiedliche ethisch oder religiös definierte "Klassen" auszeichnet. Was bislang bierselig am Stammtisch verhandelt oder verschämt in Wahlkabinen angekreuzt wurde, ist nun auf der Straße zu hören. Mit "Pegida" und ihren diversen Nachahmern zündelt eine faschistoide Bewegung gegen Islam und unerwünschte Ausländer. Die bedrohten das "christliche Abendland". Jesus würde sich abwenden und mit tausende Gegendemonstranten in ein "Nie wieder" einstimmen. Aber diese hochgeschriebene, noch unfertige Bewegung ist Indikator für den vollzogenen Rechtsschwenk nicht nur der deutschen Gesellschaft.

Gegendemos und bunte Widerstandsfeste sollten nicht darüber hinwegtäuschen: Die rechten Dumpfbacken sind schon da. Es sind weniger "Glatzen" als wohl situierte Mittelstandsbürger, die den Ton angeben. Sie profitieren von der fatalen Politik konservativer Parteien und ihrer sozialdemokratischen oder grünen Nachahmer. Sozialstaatsdemontage, Demokratieabbau, Nationalismus, militarisierte Außenpolitik kehren die Reste des gezähmten Kapitalismus des letzten Drittels des 20. Jahrhunderts aus. Aus Mangel an Linken müssen tatsächliche oder vermeintliche Feinde dieser Gesellschaft erhalten als Sündenböcke.)

- Das Gleiche vollzieht sich in fast allen Staaten, den erfolgreichen wie den Verlierern, in den aktuellen Krisenprozessen, in denen sich faschistoide, rechtsextreme, nationalistische Massenbewegungen und Parteien immer tiefer in der Gesellschaft verwurzeln, das Gedankengut der konservativen Parteien übernehmen, Masseneinfluss auch und gerade unter den sich besonders benachteiligt fühlenden und erlebende werktätigen Klassen und Schichten finden und immer erfolgreicher nach der Macht schießen.

- Da besinnen sich Litauer, Esten Letten, Polen, Ungarn, Ukrainer ihrer antikommunistischen, antisowjetischen, antirussischen nationalen Sendung, die sie zwangsläufig in und zum freien Westen führt – auch zu jenen, die noch vor 100 Jahren und dann noch vor 70 Jahren ihnen zeigten, dass sie alle nur slawische "Untermenschen", zumindest aber tributpflichtig den deutschen Nachfolgern einstiger Kreuzritter waren.

- Da führen Nachfolgestaaten der Sowjetunion und ihre Satrapen unter nationalen Losungen Sezessionskriege und drohen in einen Weltkrieg abzugleiten.

- Da ringen Schotten, Katalanen, Francokanadier um mehr Autonomie, auch um die Abtrennung, ihrer vor Jahrhunderten eroberten Länder.

- Da entstehen in der Folge der massiven Migration neue nationale Minderheiten – neben den alten – in den großen westlichen Metropolen und vermeintlich auch so homogenen Nationalstaaten usw. usf.

3. Dazu kommen aber innerlinken Konflikte, die zusätzlich zu diesen realen Prozessen das Thema so schwierig, kompliziert und potentiell gefährlich machen. Denn einfache Antworten und klare Traditionslinien gibt es nicht oder sind gezwungenermaßen mit Parteinahmen in aktuellen und einstigen ideologischen Konflikten auch unter Linken eingebettet, die nicht immer ausgewogen und gerecht und diskursiv geführt wurden.

4. Denn über welche Linke sollen wir reden und über welchen Nationalismus. Die meisten westdeutsch sozialisierten Linken können mit dem Nationalismus nichts anfangen. Sie haben vollkommen berechtigt die Lektion gelernt, dass er eine bürgerliche Bewegung ist, die mit 1789 ihren Ausgang nahm, keine wirklichen rationalen, geschichtlichen, geografischen oder sprachlichen Fundierungen habe und eigentlich nur ein ideologisches Konstrukt sei. Das müsse entlarvt werden. Recht haben sie. Aber geht so Politik? Und sprechen nicht manche Fakten doch für eine etwas komplexere Sicht auf die Nation, das Nationalbewusstsein, auf nationale Emanzipationsbewegungen? (Ganz abgesehen von dem ebenfalls neuen Phänomen der Wiederkehr der Religion, insbesondere in ihrer gewaltsam-missionarischen Erscheinungsform – wir denken zunächst an die grünen, wohl genauer schwarzen Fahnen des Propheten, etwas weniger an evangelikale oder hinduistische oder buddhistische oder schintoistische Entsprechungen in entfernteren oder auch näheren Teilen der Welt. Aber unsere Angst gilt ja sowieso nur Europa, richtiger unserem (West)Europa und Nordamerika.)

5. Nationalismus (wie religiös-fundamentalistische "Erweckungs"bewegungen) sind heute die unmittelbare Antwort auf zwei grundlegende Herausforderungen an moderne Gesellschaften: Insbesondere für jene, die sich benachteiligt, unterdrückt, ausgegrenzt fühlen – unabhängig davon ob sie es (schon) tatsächlich sind (bzw. es absehbar ist) oder ob sie diese eigene Gemeinschaft selbst nutzen, um sich gegen vermeintliche oder tatsächlich negative Entwicklungen zu stellen. Es geht zum einen um eine Reaktion auf die neoliberale Neuorganisation der westlichen Gesellschaften in den Metropolen und noch mehr in den abhängigen Gebieten und Staaten. Und es ist zum anderen eine Reaktion auf soziale Verwerfungen, auf neue Bruchlinien in der Gesellschaft, die die Gefahr des eigenen Abstiegs heraufbeschwören.

6. Für Linke, erst recht marxistisch vorgebildete, ist klar: Es geht natürlich nicht um eine bestimmte nationale, sprachliche, kulturelle Position, genauso wenig wie es um den Glauben an einen bestimmten Gott oder die Besonderheiten seiner Anbetung geht. Es geht um soziale Konflikte in und zwischen den Gesellschaften, die Rückzugsreaktionen, Abgrenzungen, Selbstbehauptungen und Widerstandsstrategien einfordern. Dafür lassen sich schnell Intellektuelle und Führungsschichten finden, die hier eine solche Sichtweise und solche Handlungsstrategien ermöglichen, begründen, organisieren und finanzieren.

7. Der Zeitpunkt für diesen Bruch ist deutlich auszumachen: Mit dem Niedergang des Realsozialismus, der Krise des Marxismus, dem Auflösen der Arbeiterbewegung als ideologische, soziale und politische Strukturiertheit seit den 1960er und 1970er Jahren und dem endgültigen Durchbruch mit der Zerschlagung des Realsozialismus und seiner Führungsmacht, aber auch anderer zu diesem Block gehörenden Staaten.

Dazu gehörte immer auch die nationale Desintegration multinational angelegter Staats- und Gesellschaftsgebilde (Sowjetunion, Jugoslawien, CSSR, China). Über das Aufkommen des Nationalismus, genauer seine Renaissance – und nochmals betont auch die der Religion – zu reden heißt deshalb über den Niedergang der Arbeiterbewegung, der kommunistischen

Bewegung und ihrer Ideologie zu reden. Die Gegenoffensive des Kapitals in seiner neoliberalen Ausrichtung stieß nur noch auf ein Vakuum, wo sonst lange alternative Ideologien und vor allem Gegenmächte – radikal die kommunistische, weniger radikal die sozialdemokratische – dem Kapitalismus gegenüberstanden.

8. Mit nationalistischen Losungen (und ihren Pendanten Rassismus, Religion) sucht der verunsicherte Teil der Gesellschaft in Zeiten der sozialen Entsicherung, der vermeintlich globalen Konkurrenzsituation und der vermeintlichen Entideologisierung und faktischen Orientierungslosigkeit nach jenen, die für den eigenen Verlust bezahlen sollen. Es sind immer die anderen, die irgendwie zu separierenden in einer Gesellschaft, die vermeintlich Klassenschranken nicht mehr kennt, die aber Bedrohungen an spezifischer Kultur, Religion, Sprache, anderer Wirtschaftsweisen beinhalten. Andere Nationalitäten, Zuwanderer, Juden, Türken, Ostdeutsche, Moslems, Kaukasier, Maghrebener, Schwarze – die Namen und Gruppen sind austauschbar, aber Sündenböcke werden gebraucht und die Globalisierung (oder was auch immer) sind in ihnen festzumachen.

9. Ein Blick in die Geschichte zeigt die unterschiedlichen Perioden und damit auch Herausforderungen der Linken: Mitte des 19. Jahrhunderts ging es für die gerade entstehende deutsche Arbeiterbewegung in der Revolution von 1848/49 um die Bestimmung ihres Platzes in einer Revolution für Demokratie und Nationalstaat, in der die Bourgeoisie hätte führen müssen. Das erledigte sich alsbald zu Gunsten der Reaktion. Für Friedrich Engels war "eine der wirklichen Aufgaben der Revolution von 48 (und die wirklichen, nicht illusorischen Aufgaben einer Revolution werden immer infolge dieser Revolution gelöst) ...die Herstellung der unterdrückten und zersplitterten Nationalitäten Mitteleuropas, soweit diese überhaupt lebensfähig und speziell zur Unabhängigkeit reif waren" (MEW 35/ 269), wobei letztere Überlegung bei ihm nicht allzu differenziert ausfiel und sich gegen jene "Völkerruinen" (z.B. MEW 6/172) wandte, die sowieso nur Stützen der Konterrevolution wären.

Entscheidend aber war, dass Engels, Karl Marx, oder August Bebel in dieser ersten Auseinandersetzung Position beziehen mussten und sie den internationalistischen Charakter einer jeden sozialistischen Bewegung festgeschrieben: "Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben." (MEW 4/479)

Dieses Ringen um Position fand seine Fortsetzung schon angesichts einer neuen Weltordnung Ausgang des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts unter den Vorzeichen des Imperialismus, seiner Konflikte und der anstehenden Revolutionen. Diese zweite große Diskussion mit Otto Bauer, Karl Renner, Josef Strasser, Anton Pannekoek, Rosa Luxemburg, Wladimir Lenin und Josef Stalin brachte unter dem Eindruck des 1. Weltkriegs, der ersten sich sozialistisch verstehenden Revolutionen und Revolutionsversuche, des Zerfalls der Vielvölkerreiche und der nicht eingelösten Versprechungen zur Freiheit der Kolonien das Ringen um die praktische Umsetzung linker Ideen. Die am weitesten entwickelten Vorstellungen einer national-kulturellen Autonomie seitens der Austromarxisten verloren mit der Revolution von 1918 ihre Basis. Hier wollten die anderen Nationen nicht mehr Autonomie, sondern nahmen sich ihre Selbständigkeit. Die russischen Kommunisten mussten nun mitten in Interventionen- und Bürgerkriegen ernst machen mit der Selbständigkeit bis hin zur Lostrennung, machten hier Zugeständnisse und fanden sich doch bald den Zwängen des Zentralismus unterlegen.

Fast gleichzeitig trat die Diskussion in eine dritte, eher praktische Phase ein. Nationale Befreiungsbewegungen in den Kolonien und abhängigen Ländern entstanden und die Kommunisten suchten sie als Bündnispartner zu gewinnen. Lenin suchte nach dem Ausbleiben der Revolution im Westen nun auch Verbündete im Osten: "Auf die Periode des Erwachens des Ostens folgt in der gegenwärtigen Revolution die Periode, in der alle Völker des Ostens die Geschicke der ganzen Welt mitentscheiden, in der sie aufhören, nur ein Objekt der Bereicherung zu sein. Die Völker des Ostens erwachen, um praktisch zu handeln und damit jedes Volk das Schicksal der ganzen Menschheit mitbestimmt." (LW 30/145) Ho Chi Minh oder Mao Tse-Tung repräsentieren diese Auseinandersetzungen als kommunistische wie nationale Politiker.

Zugleich standen die Kommunisten in Deutschland, Italien und anderen Staaten im harten Abwehrkampf gegen einen nach dem 1. Weltkrieg wiederum aufschäumenden Nationalismus und Chauvinismus, der sich gegen andere Völker ebenso richtete wie gegen die radikale innere linke Bedrohung des Kapitalismus. Der Faschismus in seinen verschiedenen Ausprägungen, am radikalsten im deutschen Nazismus, war die Speerspitze eines so gewendeten Nationalismus - und Rassismus. Er stieß aber weltweit, in den besetzten und bedrohten Ländern auf einen breiten antifaschistischen, oft national gefärbten Widerstand, der schließlich triumphierte.

Der Sieg über diese Ausgeburten des Nationalismus, über die deutschen und japanischen Imperialisten, leitete eine vierte, nun erst recht nicht mehr theoretische Etappe ein. In Befreiungskriegen, zivilem Ungehorsam und angesichts einer von den traditionellen westlichen Kolonialmächten nicht mehr aufrechtzuerhaltenden Repression gewannen zwischen 1947 und Mitte der 1960er Jahre die meisten Kolonien und abhängigen Gebiete ihre staatliche Unabhängigkeit. Die Einbettung in die Blockkonfrontation ließ sie schnell in neue Abhängigkeiten geraten und in Afrika, Lateinamerika und Asien gerieten sie nicht selten zu Schauplätzen von Stellvertreterkriegen für die jeweils mit ihnen verbundenen beiden Supermächte. Die Kolonialherren belasteten sie zudem mit religiösen, Stammes- und ethnischen Konflikten.

In den 1960er und 1970er Jahre dominierte fünftens eine Diskussion, die diese Länder und Bewegungen aus linker Sicht als Vorhut im antiimperialistischen Kampf und gegen die USA als der wichtigsten imperialistischen Macht verstand. Die Realitäten der Auseinandersetzung, der Verlust des emanzipatorischen Charakters nicht weniger dieser an die Macht gekommenen nationalen Befreiungsbewegungen und -kämpfer brachten schnell Ernüchterung. Schon damals wurde "das große historische Versagen des Marxismus" (Tom Nairn) in den Fragen des Nationalismus unterstellt.

Die heutige, sechste, kaum als Diskussionsphase zu bezeichnende Entwicklungsetappe nach dem Ende der Blockkonfrontation ist bei nicht wenigen Linken durch eine Abkehr von den einstigen internationalistischen Positionen und der Anerkennung des nationalen Befreiungskampfes gekennzeichnet. Die einen in den einstigen Ostblockländern mauserten sich über Nacht zu veritablen Nationalisten, die auch vor Gewalt und Krieg nicht zurückschrecken. Andere entdeckten die "eine Welt" für sich, in der Nationalstaatlichkeit, nationale Fragen und Unterdrückungen keine Rolle spielen würden und das Heil für eine vielleicht sozialistische Perspektive in Globalisierung oder Europäischer Union oder beiden liegen sollen.

10. Die Antworten von Linken fielen und fallen so unterschiedlich aus wie die politische Konsequenz ihrer Protagonisten war - bei den einen revolutionär, bei den anderen reformerisch, zwischen "Selbstbestimmungsrecht bis zur Lostrennung" (Lenin, Stalin) vom bisherigen Staatswesen über das Ringen um "nationale kulturelle und politische Autonomie" (Austromarxismus – Renner, Otto Bauer) bis hin zur vehementen Verneinung nationaler Fragen als Teil des sozialistischen Kampfes (Luxemburg) reichen die Diskussionsangebote. Sie sollten oft ewige Antworten sein, bewegten sich in scharfer Auseinandersetzung und konnten in jeder Extremform auch rasch wieder zur Makulatur werden. Engels, wie sein Freund Marx sicher kein Theoretiker des Nationalen, aber ein oft emotionaler, nicht immer gerechter, aber aufmerksamer Beobachter der sozialen Kämpfe seiner Zeit, die er für den sozialistischen Ziele kanalisieren und bündeln wollte, schrieb: "Jeder polnische Bauer und Arbeiter, der aus der Verdampfung zur Teilnahme an allgemeinen Interessen aufwacht, stößt zuerst auf die Tatsache der nationalen Unterjochung, sie tritt ihm überall als erstes Hindernis in den Weg. Sie zu beseitigen ist Grundbedingung jeder gesunden und freien Entwicklung. Polnische Sozialisten, die nicht die Befreiung des Landes an die Spitze ihres Programms setzen, kommen mir vor wie deutsche Sozialisten, die nicht zunächst Abschaffung des Sozialistengesetzes, Press-, Vereins-, Versammlungsfreiheit fordern wollten. Um kämpfen zu können, muss man erst einen Boden haben, Luft, Licht und Ellenbogenraum. Sonst bleibt alles Geschwätz." (MEW 35/270)

11. Die praktischen Erfahrungen mit dem realen Sozialismus waren wie nicht anders zu erwarten ambivalent. Selbstbestimmungsrecht und nationalkulturelle Autonomie sollten der Weg sein, den Stalin vor dem Hintergrund seiner Wiener Reise 1913 akzeptierte und die eng mit der Notwendigkeit der Akzeptanz die Lostrennung als revolutionäre Losung pries. Umgesetzt erwies es sich schnell, dass die Furcht vor zu viel Selbstbestimmung, gar Abtrennung schnell wieder zu Reservestrukturen greifen ließ, die nicht Föderalisierung, sondern Zentralisierung, die nicht Selbstbestimmung sondern zumindest partielle Fremdbestimmung durch die "führende" Nation bedeuteten. Es wurde im Ostblock, in der Sowjetunion, in Jugoslawien, in der CSSR, in China viel für die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der einzelnen Völker und Völkerschaften getan. Viele erhielten erstmals Schriftsprachen – und doch funktionierte diese Entwicklung nur solange, wie wirtschaftliches Wachstum, Konsum und Elitenaufstieg möglich waren. In der Krise zerbrach dieses gesamte Konstrukt. Das war nicht zuletzt auch durch die Systemauseinandersetzung intendiert, die genau diese Chance von Anfang an verfolgte und 1989/91 zur Vollendung brachte. Und in der Westen heute gegenüber den wieder aufgerappelten Großmächten in Moskau und Peking die gleiche Karte zu spielen sucht.

12. Tatsächlich haben wir heute mit dem Ende des Realsozialismus eine völlig neue Situation, die zunächst und vor allem durch die ideologische, organisatorische, machtpolitische Krise, oft das weitgehende Verschwinden oder Unkenntlichwerden der Linken in all ihren Strömungen und mit wenigen Ausnahmen gekennzeichnet ist.

- Die vermeintliche Internationalisierung als Kern der neoliberalen Entmachtung von Völkern, Wählern, Parlamenten zugunsten supranationaler Institutionen bei gleichzeitig trotzdem eher

national basierter, aber tatsächlich international handelnder Monopole und der politischen Klasse(n);

- Nationalismus als Reaktion auf die Krise des Realsozialismus zur Neukonstituierung einer antikommunistischen, neoliberalen Gesellschaft;
- Nationalistische und fundamentalistische Reaktionen auf die neoliberale Unterwerfung der einstigen Dritten Welt mit ihrer besonderer Konzentration auf die Nah- und Mittelöstliche Region.;
- Nationalistische Bewegungen der versuchten Desintegration bislang funktionierender, scheinbar nationalstaatlich-einheitlicher Gebilde als Reaktion auf die Krisensymptome der neoliberalen Transformation, um hier eigene Wege gehen zu können (Spanien, GB, Italien);
- Nationalistische, rassistische, religiöse neue soziale Bewegungen in Ergänzung und enger Verbindung mit den bisherigen konservativ-antikommunistischen Kräften;
- Nationalistische Selbstbehauptungsstrategien gegen das US- und EU-dominierte Großmacht- und Weltordnungsbestreben, wie es insbesondere Russland und China betreiben;
- diverse überkommene, wiederbelebte Nationalismen.

Für Manche irritierend ist die deutliche Verselbständigung dieser Phänomene, ihre Eigendynamik, ihre ideologische Verklärung.

13. Die Linke (hier sehr weit gefasst, keineswegs auf jene Partei beschränkt, die diesen Titel als Eigennamen usurpiert hat) leidet unter all diesen Verwerfungen, weil

- sie mit einem ihr fremden Phänomen konfrontiert ist und ihr die Massen nicht mehr folgen;
- sie selbst oft auf eine klassenmäßige Analyse und Kritik zugunsten eines Moralisiereins meint verzichten zu können;
- die soziale Frage vernebelt wird und doch Massen mobilisiert werden;
- sie keinen positiven Bezug zur eigenen Nation herzustellen vermag – eben weil es kontaminiertes Gelände ist (insbesondere ein Problem deutscher Linker);
- sie nicht möglicherweise auch berechtigte Anliegen nationalistischer Couleur übernehmen mag, weil sie an offene Grenzen für alle und Multikulturismus, weniger an Assimilation, glaubt und im Gutmenschen-Anspruch Konflikte schönredet;
- wenig auf die internationalen Konstellationen Rücksicht zu nehmen vermag, die die Ausnutzung zwischenimperialistischer Widersprüche bedeuten müsste, aber eben auch die Einsicht, dass das Schwächen der Hauptträger des heutigen Kapitalismus – USA, BRD, EU – erforderlich ist;

- sie sich nicht gegen die vermeintlichen Trends zu EU oder Globalisierung stellt, sondern vielmehr jenseits einer nüchternen Analyse der handelnden Kräfte und der Kräfteverhältnisse ihre nationalen Aufgaben auf den St. Nimmerleinstag internationaler Lösungen vertagt;

- der eigenen Staat, die eigenen Gesellschaft, die eigenen – durchaus bunter werdenden – NationSchauplatz der Klassenkämpfe bleiben.

14. Die Furcht vor der Vereinnahmung von Nation, Vaterland, Heimat und ähnlichen Begriffen und Gefühlen durch die extreme Rechte ist ebenso begründet wie entwaffnend. Als Teil eines Kategoriensystems zur wissenschaftlichen Durchdringung des modernen Kapitalismus, in dem letztlich die wirtschaftlichen Strukturen, die Macht- und Eigentumsverhältnisse entscheidend sind, bleibt die Nation unerlässlich. Als wesentliches Kampffeld im antikapitalistischen und antiimperialistischen Kampf wird sie – trotz anderer Angebote, von der Region über die Europaidee bis zum Weltbürgertum – in den meisten Staaten wichtig bleiben. Jede linke nationale Politik wird sich zwangsläufig gegen Ausgrenzung und Privilegierung wenden, so wie jeder rechte Nationalismus auf genau diese Ausgrenzung und die Privilegierung der eigenen Nation, ihre Vor- und im Extremfall Weltmachtstellung orientieren muss.

15. Linke Politik in der nationalen Frage kann nur eine Politik sein, die gegen jede Unterdrückung antritt und die für die internationalistische Solidarität aller Nationen und Nationalitäten eintritt. " Ein Volk kann nicht frei sein, das andre Völker unterdrückt." (LW 22/348) Eine Gesellschaft, die die sozialen Differenzen, die Klassenspaltungen aufheben will, kann nur eine Gesellschaft sein, die nationale und ethnische Konflikte aufhebt und Unterschiede wie Vielfalt als Chance für Entwicklung und Emanzipation begreift. Das bedeutet aber auch, dass sich linke Politik und Sympathie nicht von äußeren Blendwerken irritieren lässt. Gerade die Gegenwart mit ihrer Schwäche der Linken hat nationale (und religiös) motivierte soziale Bewegungen trotz ihrer berechtigten Ziele gegen nationale Unterdrückung, gegen imperialistische Politik nicht rein gewaschen. Linke Politik kann nur gegen jeden antreten und nur in einem Zusammenwirken jenseits dieser Feindschaften eine Lösung finden. Sonst wird der "gemeinsame Untergang der kämpfenden Klassen" (MEW 4/462) nicht das unwahrscheinlichste Szenario sein. Gerade dieser Konflikt gemahnt das Versagen, ja das Fehlen einer Linken, die sich auf das eigentliche Problem, die Überwindung der sozialen Spaltungen und die Errichtung einer sozial gerechten Gesellschaft erstrebt.

16. Eine Besonderheit spielt die Europäische Union. Eine der heutigen Zentralfragen für die Linke ist das Problem der Stellung zu Europa bzw. genauer zur Europäischen Union als wirtschaftlicher und politischer Union sowie zur Globalisierung. Hier scheinen objektive Prozesse den nationalen Rahmen zu sprengen und alte Fragen und Frontstellungen obsolet zu machen. Für immer mehr Linke ist diese Perspektive verlockend, weil sie auf eine scheinbare Zukunft orientiert, die nicht von den Begrenzungen des eigenen nationalen Kampfraumes geprägt sind. In einer solchen Konstellation könne Stärke geliehen werden bei den Starken, die Erfahrungen und Errungenschaften der fortgeschrittensten Gesellschaften und Staaten verallgemeinert werden. Das Problem nach 1989 ist allerdings der Ausfall von Gegenmächten - in der Blockkonfrontation mit dem Ostblock mit seiner trotz aller Mängel doch vorgelebten

alternativen Entwicklung wie auf den nationalen Kampfschauplätzen die geschwächten kommunistischen sowie linkssozialistischen Kräfte, die weitgehend zum Neoliberalismus übergelaufene Sozialdemokratie und die ermatteten Gewerkschaften. Die neuen sozialen Bewegungen, oft in grünen Parteien repräsentiert, haben diesen Platz ebenso wenig eingenommen.

Überhaupt ist der Europa-Gedanke zu hinterfragen - seine Konjunktur erlebte er vor allem als Kriegsrechtsfertigungsidee sowohl in Friedrich Naumanns Mitteleuropaidee im 1. Weltkrieg wie in der Europa-Idee der deutschen Faschisten als Bollwerk gegen den Weltbolschewismus. Natürlich waren sowohl nach dem 1. wie dem 2. Weltkrieg die Friedenssehnsüchte stark, die diese europäische beförderten, gab es nach 1945 die berechtigte Hoffnung, zumindest Westdeutschland in eine demokratische Struktur einzubinden. Aber ebenso war diese EWG-Gründung in den Kalten Krieg eingeordnet. Gerade darum sind kritische Analysen - letztlich wohl vor einem marxistischen Hintergrund unverzichtbar - und die werden auf Ideologie, auf Imperialismus, auf Macht, auf soziale Strukturen reflektieren müssen. Allein ein Währungsgebiet, ein Wirtschaftsgebiet reichen wohl nicht aus, um kurzfristig eine supranationale Struktur zu konstituieren. Die Machtentwicklung, insbesondere der Versuch, die ordnungspolitischen Entscheidungen in Brüssel zu konzentrieren, lassen bereits heute feststellen, dass zumindest angesichts der vorhandenen Kräfteverhältnisse aus dieser Richtung kaum eine Stärkung antikapitalistischer Politik zu erwarten ist.

Entscheidender ist die Fähigkeit zu organisieren und Widerstand zu leisten. Hier ist längerfristig eben eher der nationalstaatliche Rahmen greifbar als das ferne Brüssel - eher trägt dies zu generellen Politikverdrossenheit bei, weil ausgeliefert an eine anonyme Großstruktur. Moderne Vorstellungen von einem alternativen "Euro-Sozialismus" - nicht zu verwechseln mit dem Eurokommunismus der 1970er Jahre gegen die sowjetische Negierung der spezifischen westeuropäischen Kampfbedingungen - gehen von der allein auf europäischer Ebene zu lösenden Widerstand aus, weil die militaristischen und antisozialstaatlichen Bedrohungen bereits nicht mehr national definiert sind. Sie überschätzen diese Koordinierungsmöglichkeiten - trotz Weltsozialforum, begreifen nicht die regionale und nationale Verwurzelung - ob gut oder schlecht - der Mehrheit der Bürger, verwechseln ähnlich wie die Humanisten des 15. und 16. Jahrhunderts ein intellektuelle (mögliche) Community mit der Realität. Eine gemeinsame solidarische, ausbeutungsfreie, - d.h. weder neokolonialistisch noch imperialistisch agierende Gemeinschaft freier Nationen und Staaten, gerne auch als Föderation - kann und muss eine Zukunftsoption sein. Gemeinsame Kampfformen können und müssen ein Weg sein, wobei die Schwäche der nationalen Formationen nicht durch eine supranationale Imagination ersetzt wird.

Die Realitäten zeigen, dass national Politik gemacht werden kann und Politik Wirtschaft wie Soziales bestimmen kann - wenn die politischen Kräfte eines Landes bereit sind, sich auch weiter Freiräume in einer europäisierten oder globalisierten - und damit auch dominierten (ideologisch wie realpolitisch) Welt zu behaupten. Nicht zu vergessen ist, dass der EU-Einigungs- und vor allem Osterweiterungsprozess hat den Durchmarsch des Neoliberalismus gebracht, trotz des starken Sozialstaates in Skandinavien, trotz der vorhandenen recht guten sozialpolitischen Bedingungen in Deutschland oder Österreich. Allein die Maastricht-Kriterien sind ein Hebel, um jeden Sozialismus zu verhindern.

Gleichzeitig ist die sog. Weltgemeinschaft unverändert von den Interessenlagen der westlichen Mächte mit den USA an der Spitze dominiert - allein die Rivalität untereinander und die Fortexistenz der ehemaligen östlichen Großmächte Russland und China - tariieren das etwas aus. Der Kampfplatz bleibt also wohl doch vor Ort und muss sich mit anderen

vernetzen. Die Krise zeigt heute die Schwäche der EU als Währungs- und bedingt Wirtschaftsunion - letztlich versucht jeder auf Kosten der anderen durchzukommen. Die noch fehlende politische Union lässt diese Konkurrenz laufen, aber es steht die Frage, was eine solche politische Union wäre und was sie leisten könnte - vor allem wer sie dominiert und wessen Interessen sie in der Lage wäre durchzusetzen.

Für Linke wäre eine solche Union dann sinnvoll und zu erkämpfen, nicht aber schon gegeben und wohl nicht allein im demokratischen Diskurs- und Wahlprozess ohne Massenaktionen und politischen Kampf zu erreichen, wenn sie demokratisch aus dem Mehrheitswillen der Bürger der einzelnen Staaten und der Gemeinschaft hervorgeht. Diese demokratische Legitimation dürfte nicht allein auf einer parlamentarisch-elektronischen, sondern auch durch einen zumindest auf Referenden beruhenden basisdemokratischen Basis beruhen. Es müsste gesichert sein, dass diese Gemeinschaft eine soziale Politik zugunsten der Arbeitenden und Benachteiligten und damit zur Umverteilung zu Lasten der Kapitaleigner umsetzt, sich zu einer interventionistischen Wirtschaftspolitik bekennt und in der außenpolitischen Ausrichtung friedenspolitische und entwicklungspolitische sowie ökologische Ansprüche nicht nur verbal, sondern real verfolgt.

Heute ist dies nicht zu erwarten und angesichts des vorhandenen Kräfteverhältnisses - in dem die sozialdemokratische Linke in der Regel nicht mehr auf linken Positionen steht - auch in absehbarer Zukunft ohne eine Krise, die auch politisch wird und Massen mobilisiert und politisch linke Kräfte, soziale Bewegungen hervorbringt - auch nicht zu erreichen. Ein Setzen auf Verfassungsdokumente, die auch positive soziale Regelungen festschreiben und gleichzeitig die Freiheit des Eigentums betonen und an einer militarisierten Außenpolitik festhalten wirkt hier unreal und desorientierend.

17. Für Linke ist wesentlich, die Zusammenhänge, Stoßrichtungen, Manipulationseinsätze von Nationalbewusstsein (materialistisch immer auch auf Sein beruhend) und ihrer Verwendung in je konkreter Situation zu betrachten - welche Klasse will nach oben, welche verteidigt sich, wer unterdrückt und wie und welche politische Lösung und nicht zuletzt Lösung hilft? Im 20. Jahrhundert war es lange die Selbstbestimmung mit allen ihren auch separatistischen Konsequenzen. Heute dürfte es vielleicht eher eine konsequente national-kulturelle Autonomie sein, wie sie die Franzosen/Quebecianer in Kanada genießen, wie sie die Sorben und Dänen in Deutschland erfreuen, wobei die Größe der Nation und die Chancen ihrer Selbstdarstellung und Selbstgestaltung wesentlich sein dürften. Die wichtigsten Lehren der Geschichte der Linken sind auf jeden Fall, dass das Negieren des Nationalen, der nationalen Widersprüche und selbst der diesbezüglichen Gefühle für ihren Kampf tödlich sein kann und dass die revolutionäre Beglückung eines anderen Volkes, dass sich selbst als unterdrückt, abhängig, nicht gleichberechtigt behandelt fühlt oder dem dies erfolgreich von den alten kapitalistischen Eliten im Innern oder von außen nahegebracht wird ebenfalls auf Dauer zerstörend ist.